

IPD sorgt für Abwechslung auf der Health Ingredients Messe in Frankfurt

Produzenten aus Kirgistan, Nepal und Tunesien präsentierten, mit Unterstützung des Import Promotion Desks (IPD), ihre Produkte auf der Health Ingredients Europe (HiE) - Europas wichtigster Messe für natürliche und gesunde Inhaltsstoffe. Im Mittelpunkt der IPD Partnerländer stand Kirgistan. Erstmals stellte sich das Land mit einem eigenen Länderstand vor.

Kirgisische Produkte standen auch im Fokus des „Kirgistan-Forums“. Dieses wurde organisiert vom IPD, dem „Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft“ und der kirgisischen „Chamber of Commerce and Industry“. Ziel des Länderstandes und des Forums war es, die Fachbesucher der Messe auf das Land und die damit verbundenen Produkte, wie Nüsse, getrocknete Früchte und Beeren, aufmerksam zu machen.

Am Tag vor Messebeginn erhielten die Produzenten, die durch das Swiss Import Promotion Programme (SIPPO) und IPD unterstützt werden, Trainings zu den Themen Marketing, Kommunikation und Nachhaltigkeitsanforderungen. Das Gelernte, wie beispielsweise gezielte Gesprächsführung und ein strategisches Follow-up, konnten die Produzenten gleich am ersten Tag der Messe in die Praxis umsetzen.

Eröffnung hochranging besucht

Mit Beginn der Messe eröffneten kirgisische Regierungs- und Unternehmensvertreter auch den Länderstand Kirgistans feierlich. An der Eröffnung nahmen außerdem der Botschafter Kirgistans, Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft teil. Nach der Eröffnung folgte das Kirgistan Forum mit einer Podiumsdiskussion, die den Austausch zwischen Vertretern der kirgisischen Regierung und Unternehmen intensivierte. Ainura Orozbaeva, Beraterin des Büros des kirgisischen Regierungschefs, hob hervor, dass die Exportförderung zu den Topprioritäten der kirgisischen Regierung gehöre. Für 2017 werde es einen neuen Wirtschaftsplan geben und aus diesem Grund sei die Regierung sehr an dem Feedback der Unternehmen interessiert. Besonders erfreut zeigte sich die Regierungsvertreterin über die Implementierung des Zoll-

präferenzabkommens zwischen der EU und Kirgistan. Unter dem „Generalised System of Preferences (GSP) Plus“ können jetzt rund 6000 Produkte zollfrei in die EU eingeführt werden. Ein kirgisches Unternehmen, das bisher vakuumgetrocknete Beeren und Früchte für den russischen, kasachischen und heimischen Markt produziert und nun auch seine Produkte in die EU einführen will, unterstrich die Vorteile von GSP Plus: Der Unternehmer habe auf der Messe bereits mit einer französischen Firma gesprochen und das Abkommen könne für die Franzosen ein entscheidender Faktor sein, der zum Geschäftsabschluss führt. Auf dem Panel sprachen die Unternehmen neben den Chancen auch die Herausforderungen Kirgistans an. Speziell sehen sie die Bürokratie bei der Kreditvergabe kritisch. Eine weitere Herausforderung stelle die Besicherung dar. Immobilien auf dem Land sowie Landeigentum würde von den Banken nicht als Sicherheit anerkannt.

Unternehmensbesuch vor Ort

Die kirgisische Delegation sowie Vertreter von Business Support Organisations (BSOs) besuchten außerdem im Rahmen ihres Deutschlandbesuchs zwei Unternehmen. Somit konnten sich die Teilnehmer vor Ort ein Bild von den Produktions- und Vertriebsprozessen deutscher Unternehmen verschaffen. Sie besichtigten das Lager und die Packstation des Unternehmens „Querbeet“. Die Firma produziert und vertreibt hauptsächlich Gemüse in Bioqualität. Die Lieferung erfolgt größtenteils direkt an die Haushalte der Region, in sogenannten „Bio-Boxen“. Das zweite Unternehmen, ELM, produziert Säfte, sowohl konventionell als auch Biosäfte. Dort wurde der Gruppe Qualitätsmanagement

(QM) zum Anfassen geboten: Sie lernten nicht nur den Ablauf der Saftproduktion kennen, sondern besuchten auch QM Kontrollpunkte.

[Anna Peter]


BGA AKTUELL

Deutscher Außenhandel spürt internationale Krisen

„Das ist ein mieser Start für den deutschen Außenhandel in das Schlussquartal. Die Oktober-Zahlen zeigen deutlich, wie abhängig die deutschen Unternehmen von einem stabilen internationalen Wirtschaftsumfeld sind. Vor allem der Rückgang bei den deutschen Exporten ist beachtlich.“ Dies erklärte BGA-Präsident Anton F. Börner in Berlin zur Entwicklung des deutschen Außenhandels.

Zuvor hatte das Statistische Bundesamt die Außenhandelszahlen für Oktober 2016 bekannt gegeben. Demnach betrug der Wert der deutschen Exporte 101,5 Milliarden Euro, ein Rückgang von 4,1 Prozent im Vorjahresvergleich. Mit einem Warenwert von 82,2 Milliarden Euro sind auch die deutschen Importe im Vorjahresvergleich um 2,2 Prozent niedriger. Die Außenhandelsbilanz schloss mit einem Überschuss von 19,3 Milliarden Euro ab.

„Auch wenn wir über das Jahr gesehen derzeit besser dastehen als im Vorjahr, ist nicht zu übersehen, dass die internationale Unruhe – nicht nur in der Wirtschaft, auch in der Politik – ihre Spuren hinterlässt. Zum Glück ist die deutsche Wirtschaft breit aufgestellt und genießt international weiterhin ein gutes Renommee. Das alleine wird uns aber auf die Dauer nicht reichen. Wir brauchen klare Verhältnisse: Die BREXIT-Frage muss schnell und ohne Umschweife geklärt werden, aber auch die Niedrigzinspolitik muss ein Ende haben. Außerdem müssen Handelspolitik und wirtschaftliche Reformen in Europa endlich vorangebracht werden, denn nur so wird die deutsche Außenwirtschaft stabilisiert“, so Börner abschließend.

 BGA-Pressemitteilung vom 9. Dezember 2016

EUROPA

Malta definiert Prioritäten für Europäischen Ratsvorsitz

Zum ersten Mal seit dem Beitritt zur EU im Jahre 2004 wird Malta am 1. Januar 2017 für sechs Monate die Präsident-

schaft im Europäischen Rat übernehmen. Malta ist mit 423.000 Einwohnern der kleinste Mitgliedstaat der EU. Seit 2008 ist das Land Mitglied im Euro-Raum.

Malta will für seine Präsidentschaft folgende Schwerpunkte setzen: Migration, Vollendung des Binnenmarktes, innere und äußere Sicherheit, soziale Inklusion, europäische Nachbarschaftspolitik und Meeresfragen.

Da Malta selbst von den Folgen der Migration betroffen ist, soll dieses Thema an erster Stelle stehen. Insbesondere soll das gemeinsame europäische Asylsystem gestärkt werden und einer Revision der Dublin-Verordnung eine zentrale Rolle zukommen. Um an den Wurzeln der Migration anzusetzen sollen Investitionsmaßnahmen in Afrika und anderen EU-Nachbarstaaten gefördert werden.

In Zusammenhang mit der Migration ist auch Maltas Priorität für die europäische Nachbarschaftspolitik zu sehen. Der neuen Globalen Strategie der EU wird große Bedeutung beigemessen im Hinblick auf die Stabilisierung der südlichen Nachbarn der EU (insbesondere Libyen), Lösungsansätze für den Konflikt im Nahen Osten sowie den Syrien-Konflikt. Malta will ebenfalls die Beziehungen zu den arabischen Staaten im Allgemeinen vertiefen.

Auch im Bereich der Sicherheit sieht Malta einen besonderen Schwerpunkt. Der vorgeschlagene Aktionsplan sieht vor: Kampf gegen den Terrorismus durch bessere Zusammenarbeit der europäischen Sicherheitskräfte, Kampf gegen Geldwäsche, Einführung des Europäischen Systems zur Registrierung von Ein- und Ausreisenden aus Drittstaaten (ETIAS) sowie die Realisierung einer Europäischen Strafverfolgungsbehörde.

Bei der Vollendung des Binnenmarkts setzt Malta auf eine Intensivierung der Arbeiten an den im Rahmen der Binnenmarktstrategie und der Digital Single Market Strategie bereits in Angriff genommenen Vorhaben: Förderung von Wachstum und Beschäftigung insbesondere durch den Europäischen Strategischen Investment Funds, Fortschritte bei der Schaffung des europäischen Energiemarktes (insbesondere Energiesicherheit), Abschluss des Energie-Effizienz-Pakets, Förderung des Mittelstandes, Beendigung der Roaming-Gebühren, Fortschritte beim Geo-Blocking, Ausbau der schnellen Breitbanddienste, Fortschritte bei der Einführung von freiem flächendeckendem Internet.

Unter den Prioritäten nicht ausdrücklich erwähnt wird die zu erwartende Erklärung der britischen Regierung zum EU-

Austritt (Brexit) im Frühjahr nächsten Jahres sowie Themen, die sich aus dem Wechsel der US-Administration ergeben werden. Beides wird im politischen Bereich zu weiteren Herausforderungen für die maltesische Präsidentschaft führen.

[Jan Eggert]

KONJUNKTUR

Solides Schlussquartal in der Industrie erwartet

Im Oktober ist die Produktion im Produzierenden Gewerbe gegenüber dem Vormonat leicht gestiegen, nachdem sie zuvor im September rückläufig war. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg die Produktion gegenüber dem Vormonat um 0,3 Prozent. Dabei stagnierte die Industrieproduktion nahezu: Sie legte nur minimal um 0,1 Prozent zu. Positiv innerhalb der Industrieproduktion war allerdings, dass die Produktion von Investitionsgütern zulegen konnte (+0,5 Prozent). Die Vorleistungsgüter gingen jedoch um 0,5 Prozent zurück. Außerhalb der Industrie konnte die Bauproduktion ein Plus von 1,7 Prozent verzeichnen. Die Energieerzeugung fiel im Oktober um 0,5 Prozent gegenüber September 2016.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im Oktober gegenüber dem Vormonat um 4,9 Prozent gestiegen, nachdem es zuvor einen Rückgang von 0,3 Prozent im September gab. Ein Grund dafür waren die stark gestiegenen Auftrags-eingänge für Investitionsgüter (+7,2 Prozent). Auch von Seiten der Vorleistungs- und Konsumgüter ging ein Auftragsplus aus (+1,8 bzw. +0,5 Prozent). Laut Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) waren die Großaufträge geringer als in einem Oktober üblich. Die Nachfrage aus dem Inland sowie Ländern außerhalb des Euroraumes stiegen stark an (jeweils +6,3 Prozent). Die Auftragseingänge aus der Eurozone blieben unverändert.

Die in der Tendenz moderat anziehende Nachfrage als auch das verbesserte Geschäftsklima sprechen für eine Belebung der Industriekonjunktur, konstatiert das BMWi. Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ist allerdings zögerlich ins Schlussquartal gestartet. Grund sei, dass die verbesserten industriellen Auftragseingänge noch nicht in eine höhere Produktion umgesetzt wurden.

[Moritz Melchior]

UMWELT- UND ENERGIEPOLITIK

Nachbesserungsbedarf bei der Luftreinhaltung

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) hat einen Entwurf zur Änderung der Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) zur Kommentierung durch die Verbände vorgelegt.

Die TA Luft ist eine Verwaltungsvorschrift für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG, die allgemeine Emissionsanforderungen für bestimmte Luftschadstoffe vorgibt. Die Anforderungen orientieren sich am „Stand der Technik“ bzw. den sog. „besten verfügbaren Techniken“ (BVT). Als Verwaltungsvorschrift richtet sich die TA Luft an die Genehmigungsbehörden für genehmigungspflichtige industrielle und gewerbliche Anlagen und ist für die Behörden bindend. Für nicht genehmigungsbedürftige Anlagen werden die Anforderungen teilweise ebenfalls herangezogen. Von den BGA-Mitgliedsunternehmen sind vor allem Kaffeeröstereien, Chemiehändler und die agrargewerbliche Wirtschaft betroffen. Aktuell ergibt sich die Notwendigkeit für eine Novellierung der TA Luft vor allem durch das Inkrafttreten der Richtlinie über Industrieemissionen (IE-Richtlinie) und die damit einhergehende neue Verbindlichkeit der aus den BVT-Merkblättern abgeleiteten BVT-Schlussfolgerungen sowie Anpassungen an die CLP Verordnung. Erstmals wird auch die Geruchsimmissions-Richtlinie (GIRL) mit dem Ziel einer Vereinheitlichung der Landesregelungen und einer Verbesserung der Rechtssicherheit in den Anhang der TA Luft aufgenommen.

Der BGA sieht bei dem vorgelegten Entwurf noch Nachbesserungsbedarf und hat dies im Rahmen der Anhörung beim BMUB auch verdeutlicht. So sind aus Sicht des BGA die Anforderungen teilweise europarechtlich nicht erforderlich und führen damit zu Wettbewerbsverzerrungen. Gegen die Aufnahme der Geruchsemmissionsrichtlinie sprechen systematische Gründe. So weist die TA Luft feste Emissionswerte auf, wohingegen die GIRL nach Plangebieten unterscheidet. Ferner stehen einige Regeln nicht im Einklang mit den Vorschriften der Betriebssicherheitsverordnung und der Gefahrstoffverordnung. So steht z.B. eine nur ausnahmsweise Öffnung von Toren beim Umschlagen, Lagern oder Bearbeiten von festen Stoffen gerade im Widerspruch zu einem effektiven Explosionsschutz.

[Michael Faber]

VERKEHR

Investitionspaket für die Infrastruktur: Bund investiert 50 Milliarden

Der Deutsche Bundestag hat den Haushalt für Verkehr und digitale Infrastruktur von Bundesminister Alexander Dobrindt beschlossen. In dieser Legislaturperiode investiert das Verkehrsressort eine Rekordsumme von 50 Milliarden Euro in die Infrastruktur. Dobrindt sprach von einem Paradigmenwechsel: „Wir bauen nicht nur, was finanziell möglich ist, sondern finanzieren, was volkswirtschaftlich notwendig ist.“

Damit steigt der Gesamthaushalt des Bundesverkehrsministeriums im Jahr 2017 auf insgesamt 26,8 Milliarden Euro, eine Steigerung um 2,2 Milliarden Euro beziehungsweise 9,2 Prozent im Vergleich zum Jahr 2016. Die Investitionen in die Infrastruktur steigen im Jahr 2017 auf 13,7 Milliarden Euro und wachsen bis 2018 auf 14,4 Milliarden Euro. Investitionsschwerpunkt ist der Erhalt der Verkehrswege. Im Bereich des Straßenverkehrs wird ein Schwerpunkt die Sanierung von Brücken sein. Durch das Investitionspaket werden die im Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2030 geplanten Projekte synchronisiert.

Zukunftstechnologien wie die Elektromobilität oder das automatisierte und vernetzte Fahren werden unterstützt. Allein 300 Millionen Euro wird für den Aufbau von Ladeinfrastruktur investiert. Auch das Investitionsvolumen des Förderprogramms zur Umsetzung der Strategie automatisiertes und vernetztes Fahren auf digitalen Testfeldern wird um 20 Millionen auf insgesamt 100 Millionen Euro aufgestockt.

[Meike Tilsner]

Bundestag beschließt Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans 2030

Der Deutsche Bundestag hat die Ausbaugesetze zum Bundesverkehrswegeplan 2030 Anfang Dezember beschlossen. Somit steht nun fest, welche Fernstraßen-, Schienenwege- und Wasserstraßenprojekte realisiert werden können. Demnach können in den nächsten 15 Jahren über 1000 Verkehrsprojekte in ganz Deutschland umgesetzt oder begonnen werden, mit einem Gesamtvolumen von mehr als 270 Mrd. Euro. Rund 70 Prozent der Mittel fließen in Erhalt und Modernisierung der Netze. Die Hälfte der Mittel entfällt auf

Schienenprojekte (41,6 Prozent bzw. 112,3 Mrd. Euro) und Wasserstraße (9,1 Prozent bzw. 24,5 Mrd. Euro). Auf Straßenprojekte entfallen mit 132,8 Mrd. Euro 49,3 Prozent der Mittel.

Folgende Eckpunkte wurden festgelegt: Klare Finanzierungsperspektive, Erhalt und Modernisierung gehen vor Neubau, Stärkung der Hauptachsen, Engpassbeseitigung und breite Öffentlichkeitsbeteiligung.

Mit den Ausbaugesetzen hat der Deutsche Bundestag über die Projekte des BVWP 2030 hinaus Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von 1,3 Mrd. Euro beschlossen. Davon entfallen 600 Mio. Euro auf Schienenprojekte, 600 Mio. Euro auf Straßenprojekte und 130 Mio. Euro auf Wasserstraßenprojekte.

[Meike Tilsner]

Zitat der Woche

»Wir müssen alle schneller, digitaler und kundenorientierter werden.«

Mark Langer, Hugo-Boss-Vorstandsvorsitzender zur Neuorientierung des Modekonzerns

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg, Meike Bährens
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 16. Dezember 2016
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich